

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

**Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im 3. Vierteljahr
des Haushaltsjahres 1982**

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

Einzelplan 04 — Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

04 03 526 01	15 000	10 000	Gerichts- und ähnliche Kosten Anwaltskosten aus Anlaß eines Verwaltungsrechtsstreits des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung.
04 05 685 01	60 000	25 000	Unterstützungen und Beihilfen für Deutsche mit ständigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland bzw. Berlin (West) oder im Ausland Vermehrte Inanspruchnahme von Unterstützungen nach den Richtlinien für die Gewährung von Unterstützungen an Hilfsbedürftige durch die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik.

Einzelplan 05 — Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

05 02 711 02	—	178 000	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit dem Erwerb von Grundstücken für ausländische Vertretungen Erforderliche Abschlagszahlung zur Erstellung von elektrischen Stromanschlüssen im Zusammenhang mit dem Beginn der Arbeiten für den Neubau der Botschaft der UdSSR.
-----------------	---	---------	--

noch Einzelplan 05 — Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
05 03 517 01	11 500 000	950 000	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume Die Mehrausgabe ist auf den Anstieg der Preise für Heizöl, Strom und Gas im Ausland in Verbindung mit Wechselkursverlusten zurückzuführen. Sie war zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Auslandsvertretungen unabweisbar.
05 03 518 01	28 200 000	2 800 000	Mieten und Pachten Die Mehrausgabe beruht insbesondere auf stark gestiegenen Mieten im Rahmen bestehender vertraglicher Verpflichtungen.

Einzelplan 06 — Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

06 01 526 04	18 000	2 500	Kosten des Bundespersonalausschusses Erstattung von Kosten an die Mitglieder des Bundespersonalausschusses, insbesondere wegen zusätzlich erforderlich gewordener Sitzungen.
06 01 apl. 533 01	—	2 729,17	Kosten des Schlichtungsverfahrens für den öffentlichen Dienst Unvorhergesehene Kosten des Schlichtungsverfahrens bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst (Restbetrag des Bundesanteils).
06 10 652 01	2 058 000	55 000	Zuschuß an die Polizeiführungsakademie Münster Anteil an den gestiegenen Personal- und Heizungskosten, den der Bund nach dem Abkommen mit den Ländern über die Beteiligung an den Kosten der Polizeiführungsakademie zu tragen hat.
06 33 526 01	320 000	280 000	Gerichts- und ähnliche Kosten Prozeßkosten in Asylverfahren, die vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zu tragen sind.
06 35 539 99	5 000	12 700	Vermischte Verwaltungsausgaben Erfüllung von Schadenersatzansprüchen anlässlich eines Verkehrsunfalls mit dem Dienstwagen der Bundeszentrale für politische Bildung.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

Einzelplan 07 — Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

07 01 526 01	20 000	15 000	Gerichts- und ähnliche Kosten Kosten der anwaltlichen Vertretung der Bundesregierung in einem Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht.
07 01 526 02	30 000	5 000	Kosten für Sachverständige Mehraufwand für Dolmetscher- und Übersetzerkosten in einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.
07 03 526 04	500 000	150 000	Auslagen in Rechtssachen Mehrbedarf für Entschädigungen von Prozeßvertretern und Zeugen sowie Sachverständigen in Rechtssachen beim Bundesgerichtshof.
07 04 526 04	2 443 000	1 557 000	Auslagen in Rechtssachen Mehrausgabe durch Kosten, die den Ländern im Zusammenhang mit Verfahren entstehen, in denen die Oberlandesgerichte in Ausübung von Gerichtsbarkeit des Bundes entscheiden und die vom Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof zu erstatten sind.
07 06 527 02	2 000	3 500	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen Mehrausgabe durch die notwendige Teilnahme am 36. Jahreskongreß der International Fiscal Association in Montreal.

Einzelplan 08 — Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

08 01 531 03	—	554 376	Ausgaben für den Vertrieb des Bundessteuerblattes Umsatzsteuernachzahlung aus dem Kommissionsvertrag mit der Verlagsfirma für 1974 bis 1981. Durch Erhöhung der Bezugspreise wird die Mehrausgabe in den kommenden Jahren ausgeglichen.
08 03 526 01	5 000	230 000	Gerichts- und ähnliche Kosten Prozeßkosten in Kapitalertragsteuerangelegenheiten, insbesondere aus Verfahren nach dem deutsch-britischen Doppelbesteuerungsabkommen.
08 03 527 02	10 000	9 000	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen Mehrausgabe wegen notwendiger Steuerprüfungen im Ausland.

noch Einzelplan 08 — Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
08 04 526 01	700 000	300 000	Gerichts- und ähnliche Kosten Erhöhte Prozeßkosten wegen überdurchschnittlich hoher Streitwerte in Steuer- und Verwaltungsstreitverfahren.

Einzelplan 09 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

09 03 526 01	3 000	10 900	Gerichts- und ähnliche Kosten Prozeßkosten in einem Rechtsstreit der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt vor dem Landgericht Braunschweig.
09 05 526 01	45 000	23 000	Gerichts- und ähnliche Kosten Gerichts- und Anwaltskosten des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft für Prozesse auf dem Gebiet des Investitionszulassungsgesetzes.

Einzelplan 10 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

10 02 652 06	460 000 000	31 000 000	Zuweisungen nach dem Gesetz über die Verwendung von Gasöl durch Betriebe der Landwirtschaft Mehrausgaben aufgrund erhöhten Gasölverbrauchs wegen schlechter Witterungsbedingungen im Herbst 1981 sowie aufgrund erhöhter Zahlungen zum Ausgleich für zu knapp bemessene Vorauszahlungen der Jahre 1980 und 1981. Sie beruhen auf gesetzlicher Verpflichtung. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 17. August 1982 mitgeteilt worden (§ 37 Abs. 4 BHO).
10 02 514 73	5 900 000	210 000	Haltung von Fischereischutzbooten
10 02 514 74	6 329 000	319 000	Haltung von Fischereiforschungsschiffen Mehrausgaben infolge gestiegener Treibstoffkosten.
10 10 539 99	190 000	142 000	Vermischte Verwaltungsausgaben Erfüllung von Schadenersatzansprüchen im Rahmen dienstrechtlicher Verpflichtungen.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

Einzelplan 11 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

11 02 686 01	23 645 000	800 000	Beiträge an internationale Organisationen Auswirkung der Kurssteigerung des US-Dollars bei der auf internationaler Verpflichtung beruhenden Beitragszahlung an die Internationale Arbeitsorganisation.
11 13 681 01	56 000 000	3 000 000	Fremdrenten in der Unfallversicherung Die Mehrausgabe ist darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Rentenempfänger nicht in dem angenommenen Umfang zurückgegangen ist. Sie beruht auf gesetzlicher Verpflichtung.

Einzelplan 12 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

12 03 515 54	33 000	8 300	Kosten der Datenverarbeitung; Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Maschinen Unerwartete Reparaturen (Ersatzteilbeschaffung) sowie gestiegene Wartungskosten für die vier Lohnrechencomputer der Wasser- und Schiffsverwaltung.
12 07 812 41	—	45 000	Kosten der Datenverarbeitung; Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland Notwendige Ersatzbeschaffung für einen bei der Bundesanstalt für Gewässerkunde durch Diebstahl abhanden gekommenen Rechner.
12 09 526 01	5 000	22 000	Gerichts- und ähnliche Kosten Gerichts- und Anwaltskosten aus Rechtsstreitigkeiten, insbesondere in tarif- und sonstigen arbeitsrechtlichen Angelegenheiten des Deutschen Hydrographischen Instituts.
12 09 547 24	237 000	34 000	Nichtaufteilbare Sächliche Verwaltungsausgaben Die Mehrausgabe beruht auf der Erhöhung der Hafengebühren, Lotsgelder und sonstigen Gebühren im Zusammenhang mit der Haltung der Vermessungs- und Forschungsschiffe des Deutschen Hydrographischen Instituts.

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

Einzelplan 14 — Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

14 04 526 04	20 000	15 000	Entschädigungen für Mitglieder der Berufsbildungsausschüsse Notwendige Erhöhung der Zahl der Berufsbildungsausschüsse von sechs auf zehn wegen der Ausbildung von Verwaltungsfachangestellten im Rahmen der von der Bundesregierung beschlossenen Ausweitung des Ausbildungsplatzangebots.
14 04 525 11	2 000 000	20 000	Aus- und Fortbildung Zusätzlicher Bedarf für die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln bei den Bundeswehrverwaltungsschulen auf Grund der von der Bundesregierung beschlossenen Erhöhung des Ausbildungsplatzangebots.

Einzelplan 15 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

15 02 686 06	6 550 000	2 000 000	Beiträge der Bundesrepublik Deutschland an das Zwischenstaatliche Komitee für Europäische Auswanderung (ICEM) Zunahme der Zahl der Antragsteller im Rahmen des Sonderprogramms des ICEM zur Weiterwanderung und Rückkehr ausländischer Flüchtlinge und Asylbewerber (REAG-Programm).
-----------------	-----------	-----------	--

Einzelplan 23 — Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

23 02 682 04	—	33 784,81	Von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht übernommene Ausgaben im Zusammenhang mit der gemeinschaftlichen Lieferung von Nahrungsmitteln Kosten aus der gerichtlichen Regulierung eines Seetransportschadens, die von der Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung zu übernehmen sind.
23 02 685 09	3 300 000	264 000	Leistungen nach dem Entwicklungshelfer-Gesetz Höhere Ausgaben infolge Arbeitsunfähigkeit und Gesundheitsstörungen bei Entwicklungshelfern. Die Ausgaben beruhen auf gesetzlicher Verpflichtung.

Einzelplan 30 — Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

30 03 686 01	189 984 000	3 300 000	Leistungen an die Europäische Organisation für Kernforschung (CERN) in Genf Auswirkung der Wechselkursentwicklung des Schweizer Franken. Die Beitragszahlung beruht auf internationaler Verpflichtung.
-----------------	-------------	-----------	--

Kap. Tit.	Ansatz laut Haushalts- plan DM	Über-/außer- planmäßige Ausgabe DM	Zweckbestimmung und Begründung
--------------	---	---	--------------------------------

Einzelplan 35 — Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte

35 11 698 02	185 000 000	23 000 000	Abgeltung von Schäden, die nach dem 5. Mai 1955 im Zusammenhang mit dem Aufenthalt der ausländischen Streitkräfte im Bundesgebiet entstanden sind Mehrausgaben wegen umfangreicher Manöver der ausländischen Streitkräfte und unerwartet schwerer Schäden. Die Ersatzleistungen beruhen auf rechtlicher Verpflichtung. Die Entschädigungszahlungen werden zu 75 v. H. von den ausländischen Streitkräften und zu 25 v. H. von der Bundesrepublik Deutschland getragen, so daß der Mehrausgabe Einnahmen in Höhe von rd. 17,25 Mio. DM bei Kap. 35 11 Tit. 276 01 gegenüberstehen. Die überplanmäßige Ausgabe ist dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30. September 1982 mitgeteilt worden (§ 37 Abs. 4 BHO).
-----------------	-------------	------------	---

